

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

18 (22.1.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85380](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85380)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochensatzzeitung), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.42 M.; zweimonatlich 2.00 M., durch die Post frei ins Haus 2.28 M.; einmonatlich 1.00 M., durch die Post frei ins Haus 1.14 M. Einzelnummern 10 Pfg. Probenummern acht Tage gratis u. franko.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeitspalte oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeitspalte 75 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Ausnahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Seideblumen (Freitags).

[Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beiliegend.]

Nr. 18. | Fernsprecher: Redaktion (H.), Geschäftsst. Nr. 5. | Postfachkonto: Hannover 7908. | Bfta, Dienstag, 22. Januar 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: B. Barelmann, Achternstr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Der Kampf gegen Italien. Der österreichische Tagesbericht.

WTB. Wien, 21. Jan. Amlich wird verlautbart:
Keine besonderen Ereignisse.
Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg auf den Meeren.

Auch eine Folge des U-Bootkrieges.
tu. Amsterdam, 21. Jan. Dem Handelsblad zufolge beschloßen die Seeleute des Zentralbundes der Transportarbeiter einstimmig, die Annahmeforderung für Schiffe, die nach England bestimmt sind, abzulehnen, wenn sie nicht in Geleitgügen fahren.

Das Dezemberergebnis des U-Bootkrieges.

WTB. Berlin, 21. Jan. Durch kriegserische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Dezember 1917 insgesamt

702 000 Br.-R.-T. des für unsere Feinde nutzbarer Handelsfahrtaumes vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf

8 958 000 Br.-R.-T.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 21. Jan. Das monatliche Berichts-ergebnis, mit dem das Jahr 1917 abschließt, ist in mehrfacher Hinsicht besonders befriedigend.

Es stellte sich um etwa 100 000 Br.-R.-T. höher, als das des Monats November und übertrifft auch dasjenige des September und Oktober noch um rund 30 000 Tonnen.

In folgender Berechnung soll der Versuch gemacht werden, einen zahlenmäßigen Gradmesser für die militärische Leistung unserer U-Boote für die vergangenen 11 Monate zu finden. Es muß vorweg ausdrücklich betont werden, daß der Wert der Prozentzahlen nicht in ihrer absoluten Höhe, sondern in ihrem Verhältnis zueinander zu suchen ist. Wesen wir an, daß ein Drittel des auf England, Frankreich und Italien zusammen fahrenden Schiffsraumes, und zwar des gesamten sowohl für die bürgerliche, wie die militärische Versorgung — für die letztere ist etwa 33 Prozent des Gesamt-schiffsraumes zu rechnen — sich bauernd im Sperregebiet befindet, eine Annahme, die gegenüber der Wirklichkeit zweifellos zu hoch gegriffen ist, so erhält man folgende Prozentziffern des Berichts-ergebnisses von dem sich nach vorstehender Annahme im Sperregebiet befindenden Schiffsraum:

Monat 1917	Schiffsraum des Sperregebietes	Verfengungs-ziffer	Anteil in Prozent
Februar	8 217 000	781 500	9,5
März	8 125 000	885 000	10,9
April	7 958 000	1 091 000	13,7
Mai	7 817 000	869 000	11,1
Juni	7 687 000	1 016 000	13,3
Juli	7 508 000	811 000	10,8
August	7 387 000	808 000	10,9
September	7 200 000	672 000	9,3
Oktober	7 058 000	674 000	9,5
November	6 900 000	607 000	8,8
Dezember	6 738 000	702 000	10,4

Eine ähnliche englische Statistik, dies sei hervorgehoben, kommt auf höhere Prozentziffern. Der Verlauf der Prozentzahlen und die Höhe des Dezemberergebnisses zeigt, daß trotz der Abnahme des Wertes, der erheblichen Verärgerung der Gegenpartei, der Umsturz der Jahreszeit und der Beringerung der Dichte des Wertes infolge Geleitgüßbildungen die militärische Leistung, die in der Prozentzahl der Verwertung zum Ausdruck kommt, sich nicht vermindert hat. Einem vor allem noch kann man schließen, daß die nicht ohne Grund mit so viel Lärm in die Öffentlichkeit hinausgetragene Behauptung des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, daß man bei der U-Booteffizienz sehr geworden, die Abwehrmaßnahmen hätten nunmehr den erwarteten Erfolg gehabt, die Verluste der deutschen Flotte an U-Booten sei ungeheuerlich gewesen, einfach aus der Luft gegriffen sind, um im eigenen Lande zu beruhigen und in Deutschland bei den wenigsten, die nicht oder nicht seit an den Enderfolg des U-Bootkrieges glauben, Mißtrauen und Zweifel zu erwecken, und den Glauben der Aufgabe dieses gegen England einzig wirksamen Kriegsmittels,

den man von Seiten unserer Feinde auch auf dem Wege über das neutrale Ausland zu fördern sucht, in das deutsche Volk hineinzutragen. Die den Lasten so offen widerpredigende Ausbreitung englischer Staatsmänner beweist von neuem, wie schwer England die „U-Bootspest“ empfindet und daß die führenden Staatsmänner unserer Gegner diesem Kriegsmittel selbst entscheidenden Wert beilegen.

WTB. Berlin, 22. Jan. (Drath). Das Endebergebnis des U-Bootkrieges muß uns, wie der L.-A. schreibt, mit Genugtuung erfüllen und die Gewißheit neu bekräftigen, daß der U-Bootkrieg unüberwindlich seinem Ziele zutreibt.

Die englische Nötigung der Neutralen zum Befahren des Sperregebietes.

WTB. London, 19. Jan. Reuter. Der Notenswechsel zwischen der britischen und holländischen Regierung wegen Verfertigung des holländischen Dampfers „Ede“ und Beschädigung des holländischen Dampfers „Bermisse“ auf der Reise von Westafrika nach Rotterdam durch deutsche Unterseeboote ist heute veröffentlicht worden.

Der Dampfer „Bermisse“ hatte Rufisque in Westafrika am 2. Mai 1917 verlassen. Er wurde am 20. Mai durch einen englischen Hilfskreuzer angehalten, der ihm befahl, Kurs auf Kirrwall zu setzen. Während das Schiff das deutsche Sperregebiet freizog, wurde es am 23. Mai von einem deutschen Unterseeboot angegriffen, beschädigt und durch englische Fischdampfer nach Kirrwall gebracht, wo es, um nicht zu sinken, auf den Strand gesetzt werden mußte. Am 28. Oktober erließ der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande Beschlüsse des Inhalts,

daß die Beschlüsse für diese Schiffe auf die englische Regierung fallen; ganz abgesehen von der Ursache des Verlustes. Denn es befiehlt ein Grund dafür, Schiffe in englische Häfen zu bringen und sie so zu zwingen, das gefährdete Gebiet zu durchfahren.

Zu seiner Antwort vom 16. November 1917 sagte Balfour, die englische Regierung hätte erwartet, daß die Niederlande einen befriedigenden Einspruch an die deutsche Regierung gerichtet hätten wegen der offenbar rechtswidrigen und unemphischen Handlungsweise der Unterseeboote und daß diese Beschwerde aus Anlaß der durch solche Handlungsweise verursachten Verluste gegen jene Regierung gerichtet worden wäre. Das Recht der Kriegführenden, neutrale Schiffe zu prüfen und zu durchsuchen, könne nicht in Frage gestellt werden. Die Tatsache, daß eine solche Prüfung unter den jetzigen Verhältnissen nicht auf See stattfinden könne, sei nicht abzulehnen. Die Recht-mäßigkeit der Besichtigung solcher Schiffe in den Häfen zur Prüfung sei tatsächlich zugestanden worden. Die Frage, ob die Sendung des Schiffes in den Hafen nötig gewesen, ist bedeutungslos, da das Recht des kommandierenden Offiziers zu dieser Entschcheidung zugestanden werde.

WTB. Berlin, 22. Jan. (Drath). Zu dem englisch-niederländischen Notenwechsel, heißt es in der Nordd. Allg. Ztg. redaktionell, der Zweck der Besichtigungsfahrt, die sich Balfour zuschreiben können läßt, ist mit Händen zu greifen. Die englische Regierung sucht nach Argumenten, um die Schuld an der Beschädigung der Bermisse Deutschland zuzuschreiben. Die niederländische Regierung hat sich erfreulicherweise nicht durch Balfour verblüffen lassen, und ist bei der ursprünglichen Ansicht geblieben.

Die Einwirkung des U-Bootkrieges auf das italienische Wirtschaftsleben.

Aus der Schweiz, 21. Jan. Der Lebensmittelkommissar Crepi gibt bekannt, daß im Februar das Brot mit mindestens 30 Prozent anderen Getreides, der Zentner Mehl für Teigwaren mit 75 Kilo Reis vermisch sein muß. „Corriere“ erblüht hierin die Arbeit der von Deutschland energisch durchgeführten Tauchbootblockade; der für Italien verfügbare Schiffsraum sei ungenügend für Lebensbedürfnisse. Der Vorrat an Weizenmehl und Kohlen stehe in großem Mangelverhältnis zu dem, was vom Gegner vernichtet werde. „Corriere“ erwidert den Verwechslung für ausbreitende Verproviantierung Italiens zu sorgen. Würde Italien aus Hunger gezwungen, die Waffen zu strecken, oder wenn der Mangel schwere, die Kriegführung lähmende Unruhen erzeuge, so wäre nicht nur Italien, sondern auch die Sache Frankreichs und Englands verloren.

Die Vergewaltigung der neutralen Schifffahrt.

WTB. London, 20. Jan. (Reuter). Das Kriegshandelsamt läßt zum Februar durchgreifende Bestimmungen in Kraft treten über die Kohlenverforgung von Schiffen in amerikanischen Häfen zur Kontrolle der neutralen Schifffahrt zu dem Zweck, die Kanäle zu verstopfen, durch die der Feind Nachrichten erhält, fernem, um den Feind zu verhindern, Güter aus Amerika zu erhalten. Am Kohlen und sonstige Vorräte zu erhalten, müssen die Schiffseigner und Befrachter dem genannten Amt ausgezeichnete Verfügungsrecht über Offiziere, Mannschaften und Besimmung der Ladungen ihrer Schiffe, über den Gebrauch der drahtlosen Telegraphie-einrichtung und über Verkauf oder Zession einräumen. Kein Fahrzeug darf irgend eine Reise antreten oder für eine Fahrt oder auf Zeit vermietet werden ohne Zustimmung des Amtes oder des internationalen Charterausschusses (international chartering executive). Ferner wird festgelegt, daß mehr Vorräte noch Brennmaterial an Segelschiffe geliefert werden sollen, die die Unterseebootezone bereifen.

fenne Bestimmungen in Kraft treten über die Kohlenverforgung von Schiffen in amerikanischen Häfen zur Kontrolle der neutralen Schifffahrt zu dem Zweck, die Kanäle zu verstopfen, durch die der Feind Nachrichten erhält, fernem, um den Feind zu verhindern, Güter aus Amerika zu erhalten. Am Kohlen und sonstige Vorräte zu erhalten, müssen die Schiffseigner und Befrachter dem genannten Amt ausgezeichnete Verfügungsrecht über Offiziere, Mannschaften und Besimmung der Ladungen ihrer Schiffe, über den Gebrauch der drahtlosen Telegraphie-einrichtung und über Verkauf oder Zession einräumen. Kein Fahrzeug darf irgend eine Reise antreten oder für eine Fahrt oder auf Zeit vermietet werden ohne Zustimmung des Amtes oder des internationalen Charterausschusses (international chartering executive). Ferner wird festgelegt, daß mehr Vorräte noch Brennmaterial an Segelschiffe geliefert werden sollen, die die Unterseebootezone bereifen.

Die Luftflotte.

Ein englischer Jäger landet in Holland.

Middelburg, 20. Jan. (Niederl. Tel.-Ag.) Gestern nachmittag ging in der Umgegend von Hulst ein englischer Jäger nieder. Der Insasse, Flieger James Brand, erklärte, er sei an dem Luftangriff auf Zebrügge beteiligt gewesen. Er steckte die Maschine sofort nach der Landung in Brand.

Frankreich.

Der Kampf Caillaux.

tu. Genf, 21. Jan. Die Regierungsorgane zeigen sich gegen die Kammerminderheit entrüstet, weil diese sich dagegen auflehnte, in der Tagesordnung den Antrag Caillaux bloßzustellen. „Journal des Debats“ stellt fest, daß die Kammermehrheit ohne Rücksicht auf mehr oder minder lärmende Zwischenfälle unverändert bleibe. Vorgestern wollte die Linke um jeden Preis das Kabinett stürzen. Doch dies aber mißlang, sei der Festigkeit aller Mitglieder des Kabinetts, unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit, zuzuschreiben. Als eine Kundgebung erster Ordnung bezeichnen linksstehende Blätter den Eifer, mit welchem sich diesmal Radikalsozialisten und Sozialisten bei der Bekämpfung der Action française zusammengeschlossen haben. Eine Unvorne Depeche will so gar wissen, daß die Opposition von vorgestern nicht weniger erziele wollte, als Caillaux binnen drei Tagen in Freiheit zu setzen. So wenigstens wurde in den Kammergängen erzählt.

„Pays“ schreibt dem Abgeordneten Poncelet das „große Verdienst zu, die radikalistischen Machenschaften, von denen man seit Monaten nur zu hören wagte, mit einem Schlag aufgedeckt zu haben.“

Der Senat als Richter über Malvy.

WTB. Paris, 21. Jan. (Drath). Nach einer Haussmeldung trat der Senat heute zu einer Sitzung zusammen und konstituierte sich als Untersuchungsausschuss, um über den früheren Minister Malvy zu urteilen. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde beschloßen, die Verurteilung am 28. Januar abzuhalten.

England.

Die Lebensmittel-schwierigkeiten.

WTB. Berlin, 22. Jan. (Drath). Ueber die englischen Lebensmittel-schwierigkeiten schreibt laut „Doll. Ztg.“ der „Daily Telegraph“: Am Sonnabend waren alle Fleischläden in London geschlossen. Man erwartet eher eine Verschärfung des Zustandes als das Gegenteil.

Belgien.

Selbständigkeit der Flamen.

Brüssel, 20. Jan. Das flämische Pressebüro veröffentlicht eine Mitteilung des Rats von Fländern, in der es heißt: Entsprechend den in seinen ersten Rundgebungen vor Jahresfrist aufgestellten Zielen hat der Rat von Fländern in seiner allgemeinen Versammlung vom 12. Dezember feierlich und einstimmig Flämens volle Selbständigkeit beschlossen. In Verfolg dieser Erklärung legt der Rat von Fländern sein ihm von der flämischen Randstaatsantra vom 4. Februar 1917 übertra-

nes Mandat nieder und wird sich einer Neuwahl unterziehen.

Uus Oesterreich-Ungarn.

Eine Antwort Czernin an Wilson.

Wien, 21. Jan. Graf Czernin wird sofort nach seiner Rückkehr nach Wien auf die Botschaft Wilsons antworten, vorausichtlich im auswärtigen Anschlag der österreichischen Delegation. Graf Czernin dürfte nach dem „L.-A.“ keinen unbedingten Ablehnenden Standpunkt einnehmen, sondern jene Momente weiter ausbauen, in denen sich eine Uebereinkunft mit Wilson anbahnen beginnt, aber auch mit voller Deutlichkeit jene Stellen bezeichnen, die vom Standpunkt der Monarchie aus keine gegen die Bundesgenossen unannehmbar sind.

Seidler bleibt.

Wien, 21. Jan. Das Wiener k. k. telegraphische Korrespondenzbüro teilt zu den Gerüchten über einen Rücktritt des Kabinetts Seidler mit: Ueber einen Rücktritt des Kabinetts Seidler ist hier nichts bekannt.

Italien.

Italienische Agitation gegen den Papst.

tu. Kopenhagen, 20. Jan. Der Gener Bericht-erstatler von Politikern, der gute Fühlung mit katholischen Kreisen hat, macht die katholische Christenheit auf die zunehmende italienische Agitation gegen den päpstlichen Stuhl aufmerksam. Man stemmt die Angehörigen der Kirche zu Spionen, und alles deutet auf Vorbereitungen zu einer vorübergehenden Aufhebung des Garantievertrages während des Krieges hin. Sobald die Aufhebung veröffentlicht ist, wäre die wahrheitsgemäße Folge, daß der Papst, um seine volle Handlungsfreiheit zu wahren, mit dem Vatikan zu verlassen, Ernst machen werde. Es wäre am wahrscheinlichsten, daß er der Einladung des Kaisers Gütlichkeit folgen und vorläufig dort Aufenthalt nehmen werde.

Türkei.

Türkischer Hauptbericht.

WTB. Konstantinopel, 20. Jan. Amlicher Bericht. Nördlich El Bir schob sich der Gegner näher an unsere Linien heran und besetzte die hier südwestlich, von der unsere Sicherungen zurückgezogen wurden. Ein Angriff unserer Infanterie entließ dem Feinde die Höhe sofort wieder.

Zur Lage in Russland.

Ustwinow gegen Wilson und Lloyd George.

tu. Genf, 21. Jan. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ hatte ein Interview mit dem russischen Botschafter Ustwinow, über dessen Anerkennung durch die englische Regierung allerlei widersprechende Gerüchte umliefen. Ustwinow wandte sich auf das Schärffste gegen die letzte Kriegszielrede Lloyd Georges, die seiner Ansicht nach Russland den Interessen der Westmächte auspreisse. Mit den Äußerungen des Präsidenten Wilson über Russland ist Ustwinow eher einverstanden, aber er findet, daß die ausschließliche Beschränkung des demokratischen Friedens auf die Mittelmächte und die völlige Außerachtlassung dieser Forderung, sowie die Entente in Betracht kommt, deren sich Wilson schuldig macht, die Wirkung seiner Äußerungen nahezu vernichte. Als Ustwinow gefragt wurde, wie er sich zu der Möglichkeit der Intervention Kurlands und Litauens durch Deutschland verhalte, sagte er: „Diese Probleme sind von so lebenswichtiger Bedeutung für die wirtschaftlichen Bedingungen Russlands, daß ich nicht glauben kann, daß Deutschland auf diese Vorhaben bestehen werde.“

Die Monarchisten.

tu. Stockholm, 21. Jan. Von besonderer Seite in Petersburg wird folgendes mitgeteilt: Die russischen Monarchisten sind zwar seit der Revolution still, aber sie haben eine heimliche, sehr wirkungsvolle Werberarbeit entfaltet. Die Botschaft der nördlichen innerasiatischen Wolga-Commerzien soll warme Gefühle für das Kaiserthum nähren. Es herrscht Mißgunst über Trojansks Haltung, welche bürgerliche Kreise als unzulässig bezeichnen. Tatsächlich sind heute alle

russischen Parteien für den Frieden, nur die bolschewistischen Verhandlungskräfte werden verurteilt.

Die bolschewistische Darstellung von der Auflösung der Konstitution.

St. Petersburg, 21. Jan. Die St. Petersburger Regierung verbreitet folgenden Schriftsatz: St. Petersburg, 19. Jan. 1918. Gestern, den 18. Januar, wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Tschernomir gewählt. Die Versammlung hatte Genosse Swerdlow als Vorsitzenden ernannt. Der Genosse Swerdlow ist im Namen des zentralen Volkswirtschaftsausschusses der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Räte der Volkskommissare verabschiedet wurden, bis zur Darstellung der Beziehungen der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte anzuerkennen. Mitglieder der konstituierenden Versammlung, und zwar die der bolschewistischen und der linken sozialrevolutionären Fraktion, verließen den Sitzungssaal. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Kundgebungen statt. Die Soldaten, Arbeiter und Matrosen haben an den Kundgebungen nicht teilgenommen. In St. Petersburg wurde ein Marinerevolutionärausschuss gebildet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Matrosen und die Soldaten der roten Garde aufrecht erhalten.

Trozkis Spiel mit dem Feuer.

In Kopenhagen, 21. Jan. Von besonderer Seite in St. Petersburg wird mitgeteilt. Das Abgeordnetenhaus der Reichsversammlung, dem die Sozialdemokraten mit der Mehrheit angehören, hat die Sozialdemokraten aus dem Armeekorps entfernt. In St. Petersburg selbst ist die Bewegung wieder ganz still. Seit einer Woche wird in den verschiedenen Straßen geschossen und die Geschäfte geschlossen. Alles deutet darauf hin, daß demnächst, ob mit oder ohne die Reichsversammlung, schwerwiegende Ereignisse bevorstehen.

WTB. Berlin, 22. Jan. (Draht.) Bei der Verteilung der Lage in Russland legen sich die Blätter eine große Zurückhaltung auf. Die "Freiwillige Zeitung" schreibt: Durch den Friedenswillen des russischen Volkes sind die Bolschewiki zur Macht gekommen, nicht um ihrer sozialistisch-kommunistischen Theorien willen.

Die weiteren Pläne der Bolschewiki.

WTB. Amsterdam, 22. Jan. (Draht.) Reuter meldet aus Petersburg vom 15. Januar: Man hält es für wahrscheinlich, daß die Sowjets und die maximalistischen Mitglieder zu einer neuen verfassunggebenden Versammlung unter dem Namen "Nationaler Konvent" zusammenzutreten werden.

Perisien.

Das persische Kabinett zurückgetreten.

WTB. Konstantinopel, 21. Jan. (Wiener Korrespondenz.) Lehener Nachrichten zufolge ist das Kabinett Ala Ud Daulat vermutlich infolge englischer Nachschüssen in Südpersien zurückgetreten.

Aus den Kolonien.

300 Kilometer tief in Portugiesisch-Ostafrika. Auch einer am 27. Dezember in Lisbon eingegangenen Drahtmeldung aus Mozambique haben deutsche Patrouillen den Lurio überschritten. Der Lurio ist der Grenzfluß zwischen den beiden portugiesischen Bezirken Mozambique und Nyassa und verläuft in einer Entfernung von etwa 300 Kilometern parallel zum Äquator, der die Nordgrenze von Portugiesisch-Ostafrika bildet. Aus dieser Meldung ergibt sich also, daß unsere Truppen bereits 300 Kilometer in portugiesisches Gebiet vorgeedrungen sind.

Japan.

Eine gewaltige japanische Militärvorlage.

In Bern, 21. Jan. Der Temps meldet aus Tokio: Die Militärvorlagen haben eine ungeheure Militärvorlage aufgestellt. Der Bestand der japanischen Armee soll auf 25 Armeekorps (Friedensstärke) erhöht werden. Jedes Korps wird aus zwei Divisionen zusammengesetzt sein. Jede Division hat drei Regimenter. Die japanische Armee wird also von nun an 50 Divisionen (150 Regimenter) zählen. Gegenwärtig besteht die Armee aus 21 Divisionen (Friedensstärke).

Amerika.

Ein holländisches Urteil über die amerikanische Truppentransporte.

WTB. Der militärische Mitarbeiter der Nieuwe Courant schreibt am 17. in der Abendausgabe über amerikanische Truppentransporte nach Europa: Einzelne Berichte lassen bereits vermuten, daß es nicht so gut geht, wie es von außen scheint. Zuerst hieß es, daß die Ankunft des amerikanischen Heeres, die englischen und französischen Soldaten in Frankreich von großer Last befreien würde. Später meldete Daily Telegraph, daß General Cromder, der Leiter der amerikanischen Intendantur, erwarde, daß die amerikanischen Truppen in Frankreich durch Hilfe Englands und Frankreichs mit Geschützen und anderem Kriegsmaterial versehen würden. Das hängt sicher mit der Erparnis an Schiffraum zusammen. Erparnis an Schiffraum, das ist die Frage, und sicher nicht zu unrecht kommen bereits Berichte, daß die großen Truppentransporte für heute Herbst 1919 zu erwarten sind. In Frankreich selbst wären für deren Weitertransport 50 000 Eisenbahnwagen er-

fordertlich. Die Amerikaner müßten vier neue Hälften anlegen, da die jetzt bestehenden bereits mit Kriegstransporten überlastet sind. Um aber 500 000 Mann Truppen dauernd mit Waren zu versorgen, wären 250 Schiffe erforderlich. Um Arbeitskräften zur Unterbringung der 500 000 Mann müßte ein Arbeiterberuf von 200 000 Mann zum Bau von Baracken gebildet werden. Aber wir dürfen nicht nur mit 500 000 Mann, sondern mit Millionen rechnen. Außerdem dürften Transportmöglichkeiten als Folge beschränkter Schiffsraum nicht vergessen werden. Man hat bereits mit einem Mangel an Schiffraum zu rechnen. Die noch vorhandenen 4 Millionen Tonnen Schiffraum sind nicht mehr verfügbar, weil sie bereits nur mit Mühe den augenblicklichen Anforderungen genügen können.

Die Friedensverhandlungen.

Bruch zwischen Ukrainern und Bolschewiki.

Stockholm, 21. Jan. Zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Bruch gekommen. Die Petersburger Agentur meldet darüber, daß die Russen am 16. Januar erklärt hätten, daß sie über alle Konferenzen die Ukrainer unterrichten würden. Die russische Delegation habe aber auf ihren Wunsch, Mitteilungen über die Verhandlungen der Ukrainer mit den Deutschen und Oesterreichern zu erhalten, keine Antwort bekommen. Die ukrainische Delegation habe sich gegen die Revolutionsmoral vergangen, daß keine geheimen Abkommen mit Imperialisten getroffen würden. Die Ukrainer führen fort, hinter dem Rücken der russischen Delegation mit den feindlichen Delegationen zu verhandeln. Mit Rücksicht auf die Massen der Arbeiter und Bauern in Russland und der Ukraine müßten die Russen jede Verantwortung für ihr Verhalten ablehnen. Sie wendeten sich noch einmal an das ukrainische exekutive Zentralkomitee in Charkoff mit dem Verlangen, es möge alle Maßnahmen getroffen werden, um die Interessen des ukrainischen Volkes zu sichern. Es heißt zum Schluß: Wir wissen genau, daß das exekutive Zentralkomitee augenblicklich ein größeres Recht hat, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen, als die Kiemer Rada.

Verschiedene Nachrichten.

Kartoffelanbau im Jahre 1918.

Im parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamts ist kürzlich im Anschluß an die bestimmten Vorschläge des Grafen von Schwerin-Böhm und an die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses die Frage der Förderung des Kartoffelanbaues im Jahre 1918 behandelt worden. Es bestand darüber Einverständnis, daß der Kartoffelanbau im kommenden Wirtschaftsjahr nach Möglichkeit gefördert werden müsse und daß es zu diesem Zweck dringender erwünscht sei, den Landwirten schon jetzt darüber Gewißheit zu verschaffen, daß sie mit einem den Mühen und Kosten des Anbaues entsprechenden Ertrags rechnen können. Nach längeren Erörterungen sprach sich der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit unter Zustimmung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes dahin aus, daß im Interesse der Förderung des Kartoffelanbaues eine Herabsetzung des Preises für Kartoffeln gegenüber dem Preise für 1917 nicht eingängig sei. Der Kartoffelpreis wird sich daher auch im Jahre 1918 ebenso wie im Jahre 1917 auf einem Grundpreis von 8 M für den Zentner Frühkartoffeln und 5 M für den Zentner Spätkartoffeln aufzubauen haben. Wie bisher werden, je nach der Anbaugesamtheit, bei Frühkartoffeln aus nach der Lieferungszeit, Zufußlage festzusetzen sein, deren nähere Ausgestaltung ebenso wie die Frage, ob und in welcher Höhe Schnellleits- und Anbaupremien zu gewähren sind, späterer Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Ein weiterer Gefangenentransport aus England.

WTB. London, 21. Jan. (Dr.) Reuter. Ein weiterer Transport deutscher Kriegsgefangener, die zur Internierung in Holland und Heimsendung nach Deutschland bestimmt sind, geht morgen von Boston (Lincolnshire) ab.

Deutsches Reich.

Das Einverständnis der Obersten Heeresleitung mit der Friedensresolution.

Rechtsstehende Blätter hatten mit Eifer einen Artikel der Nationalliberalen Korrespondenz aufgegriffen und besprochen, worin die Behauptung aufgestellt worden war, die Oberste Heeresleitung habe die Friedensentscheidung vom 19. Juli vor ihrer Veröffentlichung nicht gekannt und billige sie auch nicht. Diese Behauptung erklärt die "Freiwillige Zeitung" als Wort für Wort unwahr und schließt den Hergang der Dinge folgendermaßen: Am 13. Juli 1917 ist die Friedensresolution erstmalig zwischen Vertretern der Wehrheitsparteien sowie den Männern der Obersten Heeresleitung, die an demselben Tage in Berlin eingetroffen waren, im Generalsitzungsgebäude erörtert worden. Nachdem am 13. Juli Dr. Michaelis an Stelle Bethmann-Hollwegs Reichskanzler geworden war, hat eine weitere Besprechung der beiden Vertreter der Obersten Heeresleitung mit den Vertretern der Wehrheitsparteien über die Resolution am 14. Juli in der Wohnung des Staatssekretärs helderich stattgefunden. Dieser wohnte auch der neue Reichskanzler bei. Im Verfolg dieser Besprechung und der dabei geäußerten Wünsche hat die Resolution noch eine Ergänzung erfahren und ist danach erst veröffentlicht worden. Diese Veröffentlichung erfolgte am 15. Juli durch das

Woffische Telegraphenbüro. So haben sich die Dinge abgeklärt, und hiernach wird man beurteilen können, was von den "Feststellungen" der Nationalliberalen Korrespondenz zu halten ist. Auffallend erscheint nur, mit welcher Unbestimmtheit das offizielle Organ einer großen Partei sich in einer wichtigen Frage über die Tatsachen hinwegsetzen mag.

Die achte Kriegsanleihe.

Wie die Münchener Augsburger Abendz. aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat das Reichsfinanzamt alle Vorbereitungen für die achte deutsche Kriegsanleihe getroffen, die im März aufgelegt werden soll.

Die Finanzlastendeckung nach dem Kriege.

In der Zweiten badischen Kammer äußerte sich der Finanzminister v. Rheinboldt über die in den letzten Tagen in Berlin abgehaltene Konferenz der Finanzminister. Er betonte, daß eine gründliche Vorbereitung ergeben habe, daß für die Reichsfinanzen Deckungsmöglichkeiten auch im ungenügenden Maße vorhanden seien. Die dauernd. Inanspruchnahme der Vermögens- und Einkommensteuer durch das Reich sei nicht annehmbar, weil diese beiden Steuern das Fundament des Einzelstaates seien. In dieser Hinsicht herrsche eine völlige Uebereinstimmung unter allen Bundesstaaten. Die Frage der Reichsfinanzbahnen, der Baden sympathisch gegenüberstehe, sei nur zu lösen, wenn Bayern und Preußen ihren absehenden Standpunkt aufgeben würden. Lebensfalls sei eine Vereinerlichung des Betriebes erhaltenswert. Zu hoffen sei, daß die Grundlagen der direkten Besteuerung in den einzelnen deutschen Bundesstaaten gleichmäßig gestaltet würden. Eine derartige Anregung habe er in Berlin gegeben.

Dr. Friedbergs Kandidatur.

In der Mitteilung, daß Dr. Friedberg in seinem Wahlkreis als Wilber kandidieren wolle, schreibt die Nord. Allg. Ztg., daß die nationalliberale Wahlkreisleitung es Erzellenz Dr. Friedberg überlassen habe, ob er in Zukunft als Mitglied der nationallib. Fraktion oder als Wilber sein Mandat ausüben wolle. Eine Bedingung sei von Dr. Friedberg nicht gestellt worden. Vielmehr habe Dr. Friedberg sich die Entscheidung bis nach der Wahl vorbehalten.

Der Reichsfinanzminister spricht am Donnerstag.

Berlin, 22. Jan. (Draht.) Der Reichsfinanzminister wird, wie nach dem L. A. gestern abend in parlamentarischen Kreisen als ganz sicher verlautete, am Donnerstag im Hauptauschuß das Wort nehmen. Die Entscheidung darüber, ob sich an die Rede des Grafen Hertling eine Aussprache schließen wird, ist der Konferenz vorbehalten, die Herr von Kühlmann heute mit den Parteiführern über die Vorgänge in West-Litowst haben wird.

Neuorganisation der Lebensmittelversorgung.

Berlin, 21. Jan. Wie eine offizielle Nachrichtenstelle schreibt, ist eine Neuorganisation des bisherigen Systems unserer Lebensmittelversorgung in Vorbereitung. Es soll eine vollkommen neue Organisation geschaffen werden. Vor allem soll eine restlose Erfüllung aller vorhandenen Wünsche erzielt werden. Die Tätigkeit der kommunalen Verbände und Verwaltungsbehörden soll durch genossenschaftliche Erzeugerorganisationen möglichst erleichtert werden. In jeder Gemeinde soll eine nach genossenschaftlichen Grundsätzen arbeitende Geschäftsstelle errichtet werden, in jedem Kreis eine Kreisstelle, in jeder Provinz ein Landesstelle in Form einer O. m. b. H., der wegen ihrer gemeinnützigen Charaktere Steuer- und Stempelfreiheit zugestimmt wird. In diese Geschäftsstelle sind die im Bezirk ansässigen Zentraleinkaufs- und -verkaufsvereinigungen, der Bund der Landwirte, Vereinigung der deutschen Bauernvereine und die landwirtschaftliche Gesellschaft zu beteiligen. Die so gebildeten Provinz- oder Landesstellen sind die verantwortlichen Träger der Erzeugerorganisation. Als Geschäftsstelle wird ein Auschuß gebildet, der besteht aus Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Reichsernährungs- und des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsvereins, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der deutschen landwirtschaftlichen Gesellschaft. Der ansässige Kleinhandel sowie Müllererei und Bäckerei sind möglichst bei den Gemeinde- und Kreisstellen heranzuziehen.

Bemerkenswerte Ausführungen des Abg. Herold im preussischen Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses machte der Zentrumsabg. Herold längere Ausführungen, die zum Teil auch für unsere Leser von Interesse sein werden. Nachdem er die wirtschaftlichen Fragen behandelt hatte, fuhr er fort: Bei den Friedensverhandlungen ist für Deutschland von allergrößter Bedeutung die Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen. In der Besprechung darf vor allem nichts veräußert werden. (Sehr richtig.) Wir haben nichts befürchtet, daß man den

Polen

ihre Nationalitätswünsche unterdrücken will, aber gegen die Zustimmung, daß die Regelung dieser Frage Augenblicklich unterworfen sollen, müssen wir uns mit aller Entschiedenheit verweigern. (Bravo!) Unsere Verhältnisse im Inlande regeln wir selbst und lassen uns vom Zustande von niemand dreinreden. (Beifall.) Ebenso müssen

wir mit aller Entschiedenheit betonen, daß einzelnen Provinzen im Osten irgendeine Ausnahmsregelung gegenüber anderen Provinzen zugestimmt werden soll. Das liegt wirklich auch nicht im Interesse der Polen selbst, wenn sie mit solchen Forderungen kommen. (Sehr wahr!) Wir wünschen, daß die Polen durch die Behandlung, die ihnen im preussischen Staat zuteil wurde, sich wohl und zufrieden im preussischen Staat fühlen. Dabei werden wir streben, aber es muß auch gelten, daß sie, wenn sie aus Polen sind, mit Preußen allezeit unauflöslich verbunden sind. (Beifall.)

Von sozialdemokratischer Seite hat man anjere Stellung zur Wahlrechtsfrage

als unfair bezeichnet. Das trifft nicht zu. Unsere Erklärungen dazu waren klar und deutlich. Es wird aber von der Zentrumspartei nicht verlangt werden können — das werden die Sozialdemokraten auch von ihrer eigenen Partei auch nicht verlangen —, daß wir nun die Regierungsvorlage unperderrt ohne weiteres annehmen sollen und daß wir gar keinen Wunsch auf irgendwelche Änderungen an dem großen umfangreichen Werk haben sollen. Das ist ganz natürlich, selbstverständlich und klar. Aber unsere Ziele selbst sind immer deutlich in unseren Erklärungen zum Ausdruck gekommen. Wenn wir uns in der Generaldebatte eine gewisse Zurückhaltung auferlegt haben, so ist das nur gegangen in der Absicht, die Verhandlungen nicht unnötig zu verlängern. Ein uns nicht besonders wohlgefallenes Blatt schrieb sogar: „Das Zentrum stimmt und stimmt und schweigt.“ Gefährdungen haben wir nicht, aber wir haben allerdings alles getan, um die Verhandlungen nicht unnötig zu verlängern, denn es ist ja eine bestimmte Tatsache, daß in solchen Situationen jede Rede sofort eine Gegenrede herausfordert. (Sehr richtig im Zentrum.)

Mehrere der Herren Vorredner haben davon gesprochen, daß zur Abbildung der Kriegsfolge

eine allgemeine Vermögensabgabe,

etwa in der Höhe von 20 Prozent geplant sei. Ich möchte mich namens meiner politischen Freunde entschieden gegen ein solches Vorgehen aussprechen. Es ist ein alter feinerlicher Grundgedanke, Steuern nicht von der Vermögensabgabe zu nehmen, sondern aus den Einnahmen. Der Grundgedanke, den jeder verständige Privatmann verfolgen wird, in seiner Privatwirtschaft nicht die Substanz seines Vermögens anzugreifen, sondern seinen Verbrauch nach seinem Einkommen zu bemessen, gilt genau so auch für die Staatsverwaltung. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Aus diesen Erwägungen heraus hat ja auch feinerzeit Finanzminister v. Michael die Vermögenssteuer nur als Ergänzungsteuer eingeführt. Abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen wurde aber auch eine solche Abgabe von 20 Prozent dem Gesamteinkommen den Immobilienbesitz auf das Schwerste treffen; der Immobilienbesitz, der gewiss schon zum großen Teile ver schuldet ist, würde sich genötigt sehen, neue Schulden aufzunehmen, nur um diese Steuern zu zahlen können. (Sehr richtig!)

Zum Schluß noch ein kurzes Wort in Bezug auf die allgemeinen politischen Verhältnisse. Der Abg. Winkler hat gesprochen von

der „unseligen Reichstagsentscheidung“,

die einen „Berzighfriedens“ anstrebe. Ich muß dem aus das allerhöchste widerprechen. Die Resolution des Reichstages ist gerade das Gegenteil von einem Berzighfriedens, denn sie verlangt nicht nur für uns, sondern auch für unsere Verbündeten mit klaren Worten die Freiheit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. (Beifall im Zentrum und links.) Im übrigen wird, glaube ich, mit solchen Vorwürfen gegen den Reichstag dem Vaterlande kein Dienst erwiesen. (Sehr richtig.) Man hat die angebliche ungenügende Wirkung unserer Friedensangebote aus dem Schwanken unserer Baluta nachgewiesen und verurteilt. Für die Baluta Differenzen kommen dann noch eine ganze Anzahl anderer wichtiger Faktoren in Betracht. (Sehr richtig!) und diese Schwankungen auf dieses eine Moment zurückzuführen zu wollen, ist im höchsten Grade tendenziös und beweist gar nichts. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Tatsache ist, daß während des Krieges unsere Verhältnisse sich dauernd verschlechtert haben, mit und ohne Friedensangebote, bei Siegen und auch, wenn wir längere Zeit keinen Sieg erlebt haben; die Baluta hat sich dauernd verschlechtert bis zu dem Augenblick, wo wir den Waffenstillstand mit Russland abgeschlossen haben. Ueber die Frage, wie unsere Friedensangebote im Reichstage gemerkt haben, läßt sich je für je schwer ein absolut zuverlässiges Urteil abgeben; daß die Friedensangebote aber im Lande außerordentlich günstig gewirkt und die Widerstandskraft und den Entschluß zum Durchhalten in der ganzen Bevölkerung, gestärkt haben, das ist unbestreitbar. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Und diese Wirkung darf man doch auch nicht unterschätzen. Dadurch, daß unser Volk gesehen hat, der Feind wird in den Frieden nicht haben, ist im ganzen Volke die Ueberzeugung geweckt und gestärkt worden, daß wir den Krieg weiterführen müssen, wenn wir unser Vaterland nicht dem Ruin ausliefern wollen, und so gibt es in bezug auf den Siegeswillen und in bezug auf das Durchhalten in unserem Volke überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Aus dem Grunde muss es aber auch zum Mindesten

überflüssig, eine besondere sogenannte Vaterlands-

partei zu gründen. (Sehr richtig und leblich. Zustimmung im Zentrum und links.) Zur Vaterlandspartei gehören wir alle ohne Ausnahme — gehören alle Preußen vom obersten Heerführer bis zum letzten Landknecht, vom Großunternehmer bis zum letzten Arbeiter, Mann und Frau, jung und alt — sie alle gehören zur Vaterlandspartei in dem Sinne, daß sie alle entschlossen sind, alle Opfer zu bringen, bis der Sieg erlangt ist, der dem deutschen Vaterlande eine leugnende Entwicklung bringt, und wir wollen hoffen, daß dieses Ziel recht bald erreicht wird. (Leb. Beif. i. Zentr. und links.)

Aus dem oldenburgischen Hinterlande.

Weste, 22. Jan.
— Eine Kollekte für die kirchliche Kriegesilfe findet am nächsten Sonntag (kaiserl. Festtag) in allen Kirchen statt. Nach dem am Sonntag vorherigen Schreiben des hochw. Bischofs sind die bisherigen Leistungen dieser Kriegesilfe veranlaßt, daß je unsere wertvolle Unterstützung verleiht.

— Das Wasser im Moorbach ist schon seitlich gefahren, aber es hat noch einen gewaltigen hohen Stand. So lange — schon über vier Tage — haben wir hier selten Hochwasser.

— Der Schnee hat in den hiesigen Wäldern überall Schneedecke verursacht, denen mancher Baum, namentlich in den bereits ausgelichteten Schönlungen zum Opfer gefallen ist.

— Für die zum Verkauf angebotene Tannenfläche im hiesigen Tannenpark — es handelt sich um die großen Tannen, welches dieselben des Marienhain bis zum Fuße des Gelgenberges haben — haben sich schon viele Liebhaber gemeldet. Die Stadt wird aus dem Verkauf dieser für das Wohlgegnen in dieser Fläche jedenfalls eine nette Räumsumme erzielen.

— Verkauf von Sauertraut. Die Kriegesgesellschaft für Sauertraut hat mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichstags in „Reichsanzeiger“ Nr. 12 vom 15. Januar 1918 die höchstzulässige Abgabepreise für Sauertraut der Ernte 1917 bekanntgegeben. Die Preise betragen für den Absatz durch den Hersteller 16 Mk. für den Absatz durch die behördlichen Verteilungsstellen an den Kleinhandel 19,50 Mk. je Zentner und für den Absatz durch den Kleinhandel an die Verbraucher 0,25 Mk. je Pfund. Die behördlichen Verteilungen von Sauertraut werden demnächst beginnen.

— Auch Erhöhung der Renten aus der Unfallversicherung. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 17. Januar 1918 beschlossen, daß die Empfänger von Renten aus der Unfallversicherung eine monatliche Zulage von 8 Mk. zu ihrer Rente beantragen können, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- 1. Die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von zwei Dritteln der Vorkrente sein.
- 2. Der Verletzte muß sich im Inlande aufhalten, es dürfen nicht Tätigkeiten vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Der Antrag ist an den Versicherungsträger oder einen Versicherungsrichter zu richten. Zweckmäßigerweise werden geeignete Schriftstücke dafür, daß die drei Bedingungen erfüllt sind, sofort beigelegt. Der Versicherungsrichter stellt seine Entscheidung schriftlich mit. Der Antragsteller kann gegen die Entscheidung binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch bei dem Obergerichtungsamt einlegen, das auf seinem Rentenbescheid angeben ist. Das Obergerichtungsamt entscheidet endgültig. Zugleich werden am 1. Februar 1918 bis zum 31. Dezember 1918 gemäß und durch die Post ausgegibt.

— Nationalstiftung und soziale Hinterbliebenenfürsorge. Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hat neben der wirtschaftlichen Unterstützung der Kriegeshinterbliebenen auch die Beförderung sozialer Fürsorge in den Kreis ihrer Wirksamkeit einbezogen. Nach einer im Sommer 1917 beschlossenen Satzungsänderung soll dieses Ziel erreicht werden vor allem durch: Gewährung von Zuschüssen zur Befreiung des Lebensunterhaltes oder zur Unterstützung in Krankheit und Unglücksfällen, ferner durch Erleichterung der Erziehung und Ausbildung der Kinder (Ergänzungsbeträge, Unterstützung in Familien oder in geeigneten Anstalten, Beihilfen zur Erlernung eines Berufes und dergl.), sodann durch Förderung des wirtschaftlichen Fortkommens (Ergänzung der Wirtschaft oder des Gewerbs, Vermittlung von Arbeits- oder Erwerbsmöglichkeiten und dergl.) sowie überhaupt durch Pflege und Hebung sozialer Fürsorge. Damit werden die Befreiungen der Gesundheits-, Arbeits- und Jugendfürsorge, soweit sie die Kriegshinterbliebenen betreffen, Gegenstand der künftigen Tätigkeit der Nationalstiftung. — Im Zusammenhang damit ist neben dem Präsidium und dem Hauptauschuß ein Beirat geschaffen, dessen Leitung der Vorsitzende des Präsidiums, Staatsminister Dr. Dreus, Berlin, dem Ministerialrat Dr. Schwymer, München, als stellvert. Vorsitzenden des Beirats übertragen hat. Dem Beirat gehören u. a. an 6 Mitglieder des Bundesrats, 6 Reichstagsmitglieder, zuzüglich Abg. Bauer, 2 Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Breslau. Die Geschäftsstelle des Präsidiums der Nationalstiftung befindet sich Berlin, Wilhelmstr. 40. Mitteilungen an den Oldenburgischen Landesverein vom Roten Kreuz, Abteilung 3, als Landesauschuß der Nationalstiftung in Oldenburg, Ministerialgebäude, zu richten, Spenden auf dieses Konto Nationalstiftung bei der Oldenburgischen Landesbank einzuspenden.

— Wegen der überhandnehmenden Sammelerei soll in Erwägung gezogen werden, den Verkauf der Laborate und Sommerfrüchten im kommenden Sommer zu verbieten. Das wäre für manche Gegenden hart, aber stellenweise haben die Sommerfrüchtler es auch zu arg getrieben.

— Keine Schühöfen aus Treibriemen mehr. Das stellv. Generalkommando 10. Armeekorps hat durch Verordnung vom 2. Jan. 1918 jede Verwendung von Leder, das von Treibriemen herührt oder seiner Bestimmung nach von Treibriemen herührt sein kann, zu einem anderen als dem ursprünglichen Gebrauchszweck, insbesondere zur Anfertigung, Ausbesserung oder Beheizung von Schühöfen verboten. Auch die Verwendung im eigenen Verbrauch ist verboten. Genjop ist verboten

der Kauf oder Verkauf von Leder der oben bezeichneten Art. Die Drispaltigebeibrüden können Ausnahmen gestatten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Die Verordnung kann von der Kriegesstoffstelle in Hannover, Hundstraße 1 C, bezogen werden.

— Vom Lande, 21. Jan. Es darf auf die neueröffnete Sitobahn für Schiffsanlagen des Amroschbundes hingewiesen werden. Ein zu verlässiger Soldat aus B., welcher seit langem als Verleiher und Verleihenrechner in Berlin tätig ist, hat angegeben, daß bei den dortigen Pferden sehr gute Erfahrungen mit dem Kräftstoff gemacht seien. Jedenfalls sollte jeder Züchter oder Landwirt einen Tag daran wagen, um mit einem Fuder Stroh den Versuch zu machen und selbst Erfahrungen zu sammeln. Denn wir werden schließlich noch mehrere Jahre zum Verleihenverkehr abgedrängt bleiben und folglich mit Futtermitteln parat sein müssen. Sehr lange hat man gefordert auch an die Thomasschläche wenig glauben wollen; heute braucht sie jeder Landwirt. Probiere geht über Studieren.

— Hanske, 21. Jan. Nachdem vor einiger Zeit dem Schuhmachermeister Bührmann hierseits Schinken, Würst, Butter, Brot, Geld und mehrere andere Nahrungsmittel gestohlen worden sind, haben vor etwa acht Tagen Diebe auch der hiesigen Wollerei einen Reicht abgestofft. Diese haben ein Fag Butter, 97 Pfund Scher, und fast neuen ledernen Treibriemen der Maschine gestohlen. In der Nacht vom vorigen Samstag auf Sonntag sind in dem Hause des Hausmanns Doppelhorn mittels Einbruchs eine Unterhose, 2 Pfund Butter, ein Stück Schinken, zwei Kinderparfüms und 26 Pfeser entwendet. Heute hatte der auf Urlaub weilende Musikleiter Bernhard Tiedering das Glück, einer Rott, der hinter einem Walle lag und des Diebstahls verdächtig ist, festzunehmen und ihn einweisen in unserm Gemeindefeher zu übergeben, der wohl für sein weiteres Fortkommen Sorge tragen wird.

— Damme, 21. Jan. Frau Josefine Kramer bestand am 19. Januar vor der Prüfkommision in Oldenburg die Meisterprüfung im Schneiderinnengewerbe mit der Note „gut“.

— Cloppenburg, 21. Jan. Dem Bierverleger Weßels, Lönigerstraße, wurden im vorigen Sommer aus seiner Wohnung zwei Damenuhren, goldene Ketten Ringe und lange Stiefel gestohlen. Dieser Tage nun wurden laut M. L. dem W. die Gegenstände bis auf die Stiefel und Trauringe wieder zugefunden.

— Cloppenburg, 21. Jan. Die osttrien beiden Verhaftungen des kass. Arbeitervereins waren gut besucht; es wurden für beide Verhaftungen 1100 Karten verkauft. Meine Theaterstücke, untermischt mit Vorträgen der Musikschule fanden großen Beifall. Herr Gymnasiallehrer Kramer hielt die Festrede, in der er besonders das Wirken der deutschen Frauen in jener Kriegszeit, ihre Verdienste um Familie und Vaterland in das gebührende Licht stellte. Der Abend hat sicherlich alle Teilnehmer befriedigt.

— Lach, 20. Januar. Vor einigen Tagen wurde hier in der Wäld von Bauh I. in einem Saule ein richtiges Hamsterlager entdeckt. Unter Stroh verpackt wurden 300 Pfund Hamster gefunden. In der Stube auf neue Futteradmittel und sieben neue Faserrohstoffe. Ferner sollen noch da sein 50 Pfund Rassebohnen, 7—8 überflüssige wollene Unterde, diverse Paare Damenuhren, etwa 100 Päckchen Saarnadeln (!) und noch viele andere Sachen mehr. Ein kleines Warenlager ist da zusammengetragen.

Volksovereinsversammlung in Damme.

— Damme, 21. Januar 1918.
Eine so stark besuchte Versammlung des Volksvereins wie die am gestrigen Sonntag lag Damme noch nicht und war die Folge der dingegebenen Einladung von der Kanzel, die P. D. Christophorus, der auch die Sonntagspredigt hielt, an die Gläubigen richtete. Dazu nahm die Versammlung auch einen sehr schönen, ja glänzenden Verlauf.
Nachdem der Ortsgeschäftsführer, Lehrer Prillinger, die Versammlung eröffnet und einige wertvolle Worte für den Volksverein an die Versammlung gerichtet hatte, wurde unser Pastor Terhüben der Vorsitz übertrug. Dieser erzielte P. Christophorus das Wort zu dem Thema Was die vierte Kriegsjahr. Redner entließ sich seiner Aufgabe in geradezu musterhafter Weise. Zunächst zeigte er, daß trotz der allgemeinen Friedenssehnsucht in der Welt der Krieg ein Friede um jeden Preis von uns unmöglich geschlossen werden könne, wenn unser Vaterland nicht seitens unserer Feinde in die große Bedrängnis geraten solle. Sodann schilderte er die ungewöhnlich große Not, die in den Großstädten herrsche im Gegensatz zu der ganz erträglichen Lage, in der sich die Landbevölkerung befinde.
Im folgenden Teil seiner Rede behandelte er die schädlichen Auswirkungen, die uns der Krieg gebracht, besonders infolge der so schädlich wirkenden Hamsterei, und ermahnte die Zuhörer mit eindringlichen Worten, doch bei der Preisforderung nicht die Grenze des Erlaubten zu überschreiten und das Gewissen zu belasten. Diese Mahnung von aufrichtiger Vaterlandsliebe getragen, wurde schließlich diesen tiefen Eindrücken nicht. Zum Schluß gab der Redner auch des Volksvereins der nach dem Kriege vor schwere und wichtige Aufgaben, besonders in bezug auf Religion.

Kirche und Schule gestellt wurde, und forderte eindringlich zum Beifall auf, daß diese Mahnung nicht vergeblich gewesen, zeigte sich in der jetzt eingetretenen Pause, in der sich über 50 Personen, darunter auch Frauen, als Mitglieder einschrieben.

Der zweite Redner des Abends, Rektor Timmer, behandelte in leichtvoller Weise die Aufgabe der Fortschrittler in unserem Lande, die Auflösung der Simultanfchule und die Aufhebung der beiden konfessionellen Ober- und Unterrealschulen betreffend. Er führte der Verammlung das Bild einer Simultanfchule vor, sowie die weiteren Schritte, welche seitens der Lehrer sicher gemacht würden, wenn ihre Anträge Gehör erlangten, um die christliche Schule zu heben. Zum Schluß forderte er an, seine Anträge beim Landtage sowohl als auch beim Großherzoglichen Staatsministerium energisch zu erheben. Daher würde sich empfehlen, an diese eine Resolution zu richten, worin diesen Protest entschieden Ausdruck gegeben würde. Eine zu dem Zwecke abgefaßte Resolution fand einstimmige Annahme der Versammlung, und der Geschäftsführer des Volksvereins wurde mit der Abfassung beauftragt. Nachdem die Anwesenden auf Vorschlag des Vorsitzenden den beiden Rednern zum Danke ein beifolgendes Hoch angedacht hatten, wurde die schon verlassene Versammlung geschlossen.

Aus der Residenz und dem Norden.

— Oldenburg, 22. Jan.

u. In der am 8. und 9. Februar hier stattfindenden Hauptversammlung sind bislang nur etwa 180 Hengste angemeldet, kaum die Hälfte der Anmeldeungen früherer Jahre. Dadurch wird es voraussichtlich möglich werden, die Körung bereits am ersten Tage zu beenden. Es erwarten steht ein umfangreicher Handel, da bereits viele Anmeldungen auswärtiger Händler erfolgt sind.

u. Die Handelskammer wird am kommenden Samstag im Anschluß an die Vollversammlung den Aufstellungen im Wall-Schießhaus beizuwohnen. Es werden Lichtbilder gezeigt über die Kruppischen Werke, sowie über die Kriegswirtschaft. Zu den Aufstellungen haben auch die Mitglieder des Stadtrats mit ihren Damen Einladungen erhalten.

Einigen ebenfalls nicht gewollten Erfolg hatte die Verurteilung der Ehefrau J. D. aus R. Sie war vom Schöffengericht zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie eine Lehrerin beleidigt hatte, da sie glaubte, daß ihrem Jungen eine unverbildete Züchtigung zuteil geworden sei. Die Strafkammer glaubte über das Schöffengerichtliche Urteil hinausgehen zu müssen und hielt eine Freiheitsstrafe am Platze, zumal die Angeklagte bereits einmal ähnlich unehrbar vorgegangen ist. Sie wurde in eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt.

Ein ganze Reihe von Diebstählen werden dem Schöffengericht J. G. und hauptsächlich seiner Ehefrau aus Str. zur Last gelegt. Die Strafkammer berücksichtigte die Notlage der Angeklagten. Sch. erhält eine Woche, seine Frau aber sechs Wochen Gefängnis.

(Delmenhorst, 22. Jan.)

Der Primar Hugo Schülke bestand am 15. Januar in der Oberrealschule die Not-Neuprüfung. Sch. ist seit Juni Soldat (Kanonier). Für die Vorbereitung zur Prüfung wurde ihm von der Militärbehörde ein Urlaub von 6 Wochen bewilligt.

Landgericht Oldenburg.

Die jugendliche Diebesgesellschaft hat im Herbst vorigen Jahres die Gegend von Gruppe bühren bis jenens der Weier nach Bredel unruhig gemacht. Es handelt sich um den 18jährigen Schreiber Johann A. aus Hammenhau, seinen Bruder, den 17jährigen Dienstknecht Georg R., den 17jährigen Dienstknecht Johann H. aus Gröppenbühren und zwei weniger beteiligte Lehrlinge aus dem Stedingerlande. Insgesamt wurden an 50 Diebstähle ausgeführt, bei denen mitgenommen wurde, was irgendwas zu gebrauchen oder zu verwerten war. Die Eltern der so auf Beweise geratenen Mündlinge sind sämtlich ehrenhafte Leute, der Vater der Brüder R. hat sich bedauerlicherweise aus Gram über seine Söhne das Leben genommen. Die Strafkammer verurteilt Johann A. zu 2 Jahren, Georg R. und H. zu je einem Jahre Gefängnis. Die beiden Lehrlinge, denen allein Strafauflauf erwirkt werden soll, kommen mit 3 Monaten, bezw. 3 Wochen Gefängnis davon.

Einem Viehdiebstahl beging der aus Ziensburg kommende Arbeiter und Landwirt Wilhelm Aug. von R. und dessen Haushälterin Martha J. L. in Wapelndorf bei Jaderberg. In ihrer Wohnung wurden noch 130 Pfund Fleisch vorgefunden. Beide sind verurteilt. Mit der wiederholten Betonung, daß Viehdiebstahl besonders in jetziger Zeit schwer zu bestrafen sein, verhängte die Strafkammer über n. R. 3 Jahre und über die Haushälterin 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Der Tischler Heint. F. aus Oldenburg wurde wegen eines unbewährlichen Verheerens in eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren genommen. Sein 74jähriger Vater, der in gleichem Verdacht stand, wurde freigesprochen.

Literarisches.

Das Fühlen mit der Kirche ist der modernen Welt fremd und selbst ihr Katholiken haben es vielfach verloren, vielleicht oft auch nie gekannt. Zurück zu Christus muß das Jungmännlein der Zukunft sein! Die Lauenauische „Deutschen Kirchen-Zeitg.“, die Katholiken-Zeitung (Verlag München 9), welche nunmehr im 2. Jahrgang und in neuem Kleid erscheint, hat sich ausschließlich die Pflege der religiösen und kirchlichen Interessen zum Ziele gesetzt und der ersichtlich Mitarbeiterkreis wie die Redaktion (Harrer Dr. Praxmarer, G. Stezenbach, R. Kra) bürgen für den Inhalt. Jeder gebildete Katholik sollte sich gratis Probeummern kommen lassen.

Neueste Nachrichten. Gegenströmung gegen die ukrainische Vertretung in Brest-Litowsk.

in Berlin, 22. Jan. (Draht.) Die Post. Ztmeldet: Von der ukrainischen Rada in Charfow wird der Kiewer Rada das Recht bestritten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen und Friedensverhandlungen zu führen, da sie nur die Bourgeois-Elemente der Ukraine repräsentiert. In Verfolg dieser Haltung hat die Chartower Rada beschlossen, zwei Delegationen zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk zu entsenden, und zwar ist diese Aktion in Uebereinstimmung mit der Petersburger Regierung erfolgt.

Die Unzufriedenheit in der serbischen Armee.

X Berlin, 22. Jan. (Draht.) Nach der „Post. Ztg.“ meldet das Blatt „Revue“ aus serbischer Quelle, daß bei zwei serbischen Infanterieregimenten an der Salonikifront eine Revolution ausgebrochen sei, die alle anderen serbischen Truppenteile zu erschauern drohe. Englische Regimenter haben der Unzufriedenheit. Viele Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten sind gefangen gesetzt worden. Im ganzen sollen 80 Offiziere verhaftet sein, was eine ungeheure Mischlingung unter den Truppen hervorgerufen hat, die im übrigen sehr langsam mit der serbischen Regierung in Korfu unzufrieden sind. Bezeichnend ist, daß seit Februar 1918 weder ein serbischer Minister noch einer der Abgeordneten es gewagt hat, sich den Truppen zu zeigen. Insbesondere erregt die Verhaftung der serbischen Regierung die Unzufriedenheit der Truppen, die selbst erprobte Leistungen zu erweisen. Die Armee hatte gehofft, daß die Alliierten dem Krieg und der Verhaftung in Korfu ein Ende bereiten würden. Die Hoffnungen sind nicht erfüllt und die allgemeine Stimmung der serbischen Armee ist zweifelhaft.

Kriegsmüdigkeit unter den schottischen Arbeitern.

in Berlin, 22. Jan. (Draht.) Die B. Z. meldet aus Bern: Ein Berichterstatter der Daily News gibt eine einseitige Schilderung der Stimmung in den schottischen Industriebezirken. Die dortigen Gewerkschaften haben ihr Ultimatum an die englische Regierung aufrecht erhalten, demzufolge am 31. Januar ein Generalstreik in der Kriegsindustrie des Schottlandes einleiten werde, falls das neue Rekrutierungsgesetz bis dahin nicht zurückgezogen würde. Der Berichterstatter fügt weiter aus, daß die wirklichen Ursachen für die revolutionäre Haltung für die Arbeiter nicht in den technischer oder rechtlich. Einwendungen gegen die Vorzüge der Regierung zu suchen seien, sondern in der allgemeinen und einflusslosen Kriegsmüdigkeit.

Neue U-Boot-Beute.

WB Berlin, 21. Jan. (Draht.) Amlich. Neue U-Bootbeute auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 23 000 Tr.-R.-T. Unter den vertriebenen Schiffen, wovon die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete französische Dampfer Madeleine, 6265 T., mit Salpeter von Chile nach Frankreich, festgesetzt werden. Unter den übrigen vertriebenen Schiffen befanden sich zwei größere englische Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

WB. Großes Hauptquartier, 22. Januar. (Amlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Kronprinz Rupprecht von Bayern. Offizier von Speern war die Kampftätigkeit der Artilleristen am Tage und zu einzelnen Nachschub den lebhaft. Mit kleineren Abteilungen versuchte der Engländer zugehen, an mehreren Stellen der Front in unsere Kampflinien einbringen. In der übrigen Front blieb die Gefechtsfähigkeit gering.

Seeresgruppe des Kronprinzen.

Herzog Albrecht von Württemberg. In den Argonnen, nördlich von Le Bour de Paris stehen französische Kampfschiffe nach tagelang anhaltender Artilleriebeschuss am Abend gegen unsere Stellung vor; sie wurden durch Feuer und im Abkampf abgewiesen. Auf dem südlichen Meeresufer und in der Gegend von Bizere lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. Westlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues. In der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unändernd. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Nach und Fern.

Nach. 20. Jan. In sechs der größten Lokale fanden überaus zahlreich besuchte vaterländische Kundgebungen statt. Diese waren einberufen worden vom fahrb. Wartplatz, von Volkseren für das katholische Deutschland und den katholischen Standesvereinen. Die Herren Abg. Dr. Pieper, Dr. Berger, Dr. Meffert, Redakteur Soos, Arbeitersekretär Meyer und Rektor Dr. Wittgieber hatten die Vorträge über Sieg und Frieden in Sicht übernommen. Im Wandtreffe Nahrung wurde in etwa 12 Verammlungen des Volksvereins dasselbe Thema behandelt.

Verenbrück. 19. Jan. Infolge der niedergelagerten gewaltigen Schneemassen sind die Stromleitungen der Ueberlandzentrale überall gerissen. Von Wörden nach hier ist kein Draht mehr brauchbar. Die Stromzuführung ist daher meist unterbrochen, und es wird auch wohl noch etwas dauern, bis die Leitung wieder betriebsfähig ist. Die Telegraphenleitungen nach Gehrde liegen in Verenbrück auf der Erde; die Masten sind umgefallen oder stehen schief.

Udenbüchel. 20. Jan. Der Segen der Artfänder Melioration macht sich in diesen Tagen besonders geltend. Trotz der enormen Wassermassen, die die Hoje mit sich führt, ist es der Verwaltung unserer Melioration bis jetzt gelungen, dieselben glatt wegzuführen, trotzdem von der großen Hoje her in Menslage Rückfall ist. Es muß allerdings noch abgewartet werden, welche Fluten noch von Bramsche herunterkommen. Die Hojegebiete in Effen und Lönningen sind bereits vollkommen überflutet und leiden sehr.

Mühlheim-Nuhr. 18. Jan. Zwei Bahnhöfe am te hatten mit Hilfe von zwei Bahnarbeitern ankommende Güterzüge auf dem Bahnhofs Speldorf monatlang geplündert und Nahrungsmittel

stiften- und fässerweise fortgeschafft. Die Duisburger Strafkammer erkannte auf Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und acht Monaten.

Hamborn. 18. Jan. Mit dem Orden Pour le merite ausgezeichnet wurde der Fliegerleutnant Bongard, Führer einer Jagdstaffel, im Zivilberuf Volksschullehrer. Er hat bis zum Ausbruch des Krieges im Schuldienste der Stadt Hamborn gehandelt und war an der katholischen Volksschule in Hamborn-Fahren angestellt. Bisher hat Leutnant Bongard 27 Luftflüge errungen.

Bonn. 20. Jan. Wegen Gemüße- und Obstwucher (Uebererschreitung der Höchstpreise) verurteilte die Strafkammer verschiedene Händler aus dem Ruhrgebiet zu 14 000, 2700, 1650 und 7000 Mark.

Hannover. 20. Jan. Der Schneesturm hat hier fürchterlich gehaucht. Wie das Fernsprechamt mitteilt, sind im Stadtfernsprechamt 4000 Leitungen zerrissen, 50 Gefänge auf den Gebäuden zerfallen, ferner sind sämtliche 200 Fernleitungen mit anderen Städten unterbrochen. Nur die unterirdischen Kabel mit Berlin, Wobeburg und Braunschweig sind noch im Betrieb. In der Nacht haben Diebe die herabhängenden Kupferdrähte abgerissen und gestohlen.

Dorkmund. 21. Jan. Auf einem hiesigen Weite sollten die Arbeiter Speck erhalten. Der Speck war jedoch auf dem Wege des Schleichhandels erworben, und die Arbeiter sollten für das Pfund 13,75 Mk. bezahlen. Sie nahmen den Speck an, sogar bis zu 8 Pfund, erkrankten aber, als es ans Begehen ging: Der Höchstpreis beträgt 2,60 Mk., die Ueberschreitung ist strafbar. Wir wollen uns nicht strafbar machen. Und sie legten in der Tat für jedes Pfund nur 2,60 Mk. auf den Tisch.

Den Mehrbetrag kann die Wertverwaltung bringen, denn dann würde sie sich für machen.

Stimmen aus unserem Vaterlande.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Im vierten Kriegsjahr hat der Landtag angelehnt der immer mehr um sich greifenden gewaltigen Teuerung allen Beamten Teuerungszulagen gewährt. Nun werden aber vom Ministerium den zum Seeresdienst eingezogenen Beamten so große Abzüge gemacht, daß sie fast nichts erhalten, so z. B. in Klasse III den Gehalts fast 800 Mk., den Unterkoffizieren fast 1000 Mk., den Feldwebeln über 1500 Mk. usw. Ist denn der Preis der Familienwohnung, der Lohn des Dienstmädchens, der Betrag der Steuern und Versicherungsprämien, das Honorar der Ärzte usw. für die eingezogenen Beamten geringer? Und mancher kleine Beamte, der in seiner freien Zeit seinen Acker bearbeitet, muß diese Tätigkeit jetzt buchstäblich aufgeben, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Und mancher kleine Beamte, der in seiner freien Zeit seinen Acker bearbeitet, muß diese Tätigkeit jetzt buchstäblich aufgeben, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Und mancher kleine Beamte, der in seiner freien Zeit seinen Acker bearbeitet, muß diese Tätigkeit jetzt buchstäblich aufgeben, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Familiennoter ums Herz sein, wenn er lediglich deshalb, weil er Heimat und Vaterland verläßt, seine Familie weiterhin muß darben sehen. An die Abgeordneten, besonders an diejenigen, die selbst Soldaten waren, geht die Bitte, dahin zu wirken, daß diese an gutem Tisch geborene Verfügung nach Zusammentritt des Landtags aufgewoben oder wenigstens sehr stark gemildert werden.

Langförder, 18. Januar.

Unsere Bekleidungsfrage.

Ist es der Behörde bekannt, wie unterirdisch die Bevölkerung, die auf Petroleum und Karbid angewiesen ist, diese von den Verkaufsstellen angeeignet werden? Wie ist es möglich, daß einige Stellen das doppelte Quantum ausgeben können? Einzelne Kunden erhalten an Petroleum 4 Liter, andere dagegen 2 Liter; ebenso ist es mit Karbid. Stellenweise werden 3 Pfund, anderswo dagegen 5 und 6 Pfund ausgegeben. Ebenso hängen Kaufleute da sein, die denselben mit 4 Pfd. 1,50 Mk. abgeben, wo dann genug zu haben ist. Wie sind diese Schiebereien möglich? Solchen Firmen sollte das Handwerk gelegt werden, die durch ungewöhnliche Ausbeutung ihre Nebenmenschen in dieser Zeit zu schädigen suchen. Wünsche wäre wert, daß manche Lagerräume und Keller solcher, die diesen Schleichhandel mitmachen, mal zur Revision herangezogen würden, um den Wucherhandel zu legen. Ähnlich sieht stellungsweise mit unserer Rohlenfrage. Was hier ist alles Luthhandel. Fett muß die Hauptrolle spielen. Wer das nicht hat, geht leer aus.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Verlags- und Druck-Verlag: Vehter Drucker und Verlag G. m. b. H. (Sommerfeld, Verleger), Vehta.

Kommunion-Anzüge,
blau und farbig,
nur gute Qualitäten.
Stoffe,
— reinwollener Cheviot, —
blau und schwarz.
M. Schulmann,
38 Achterstr. Oldenburg. Achterstr. 38

Bekanntmachung.
Die Stadtmagistrate u. Gemeindevorstände werden darauf hingewiesen, daß die Butterkarten für die Zeit vom 5. Februar bis 25. April 1918 beim Amt Vehta abgeholt werden können.
Rüdens.

Bekanntmachung.
Die Müller Wehbründ und Schulte, Finklage, werden hierdurch ermächtigt, für bei dem Müller Boet in Büme eingelegene Kunden das Brotgetreide zu liefern.
Rüdens.

Gleichkarten-Ausgabe
am Mittwoch, dem 23. d. M., vormittags von 9—12 und nachmittags von 4—7 Uhr auf dem Rathaus.
Vehta, 1918 Januar 21.
Stadtmagistrat.

Gemeinde Dintlage.
Es kommt zur Ausgabe auf Lebensmittelkarte: Abschnitt 8 der roten und gelben Karte je 200 Gr. Graupen, Abschnitt 9 aller Karten je 100 Gr. Weizen oder Griesmehl, Abschnitt 10 aller Karten je 200 Gr. Marmelade oder Konfitüre. Graupen sind zu haben bei Aug. Höggeding, Konjum-Berein, Witwe Diekmann, Joh. Dunder, Frz. Krapp, S. Kieffeld, Ww. Hagerkamp, Ww. Willenborg. Weizen und Griesmehl bei Aug. Pille, A. Kreuzmann, F. Wäkel, A. Meyr, E. Meyer, Goosmann-Langloze, Schöne-Söhne, Kieffeld-Schwede, Haate-Wulfenau, Hämmer-Bahlen, Wulf-Söhne. Marmelade und Konfitüre nach der Kundenliste.
Der Verteilungsausschuß.

Bekanntmachung.
Die Auszahlungen der Milchgelber für den Jahrgang 1918 werden, wie in gewohnter Weise, Sonntags und zwar immer nach dem 20. stattfinden in der Zeit von 3—6 Uhr.
Molkerei Tambor, Schneidertweg.
Granat-Brösche
— (rote Steine) —
verloren.
Von wem, sagt die Gesellschaft d. Bl.

Immobil-Berkauf.
Am Montag, dem 28. Januar, abends 6 Uhr
läßt Herrarzt Broermann, Damme, feinen an der Chaussee Damme-Steinfeld in unmittelbarer Nähe des Ortes belegen
Bauplatz
(Niederland), 26 Ar groß, in der Wirtschaft von J. S. Wiesel, Damme, öffentlich meistbietend verkaufen. Bei genügendem Gebot kann der Zuschlag sofort erfolgen.
Käufer ladet ein.
Damme. Fritz Börger.

Immobil-Mühlenverkauf.
Frau Wwe. W. Schmittler in Gehrde beabsichtigt ihre Besingung in Wellingshof
1 Mühle mit Wind-, Wasser- u. Dampf-Betrieb, Wohnhaus, Garten, Uferländerreien u. Wiesen in einer Gesamtgröße von 6 1/2 Hektar,
öffentlich meistbietend zu verkaufen.
Die Mühle hat einen Mahlgang, 2 Buntelgänge und Sägewerk, auch können Graupen hergestellt werden; sodann wird eine gut gehende
Schwarz- u. Weißbrotbäckerei
im Hause betrieben.
Das Anwesen liegt vor allen Dingen geschäftlich sehr günstig in der Nähe des Bahnhofs und erfreut sich die Mühle sowohl wie auch die Bäckerei seit langen Jahren eines großen treuen Kundenkreises. Der ganze Betrieb kann als Verkaufsobjekt ebenfalls sehr empfohlen werden.
Der zweite und letzte Verkaufstermin findet
am Montag, dem 4. Februar, nachmittags 2 Uhr
im Lokale des Herrn Steiner, Neuenkirchen i. D. Pfalz. In diesem Termin wird der Zuschlag bestimmt erteilt, ein weiterer Vorschlag findet nicht statt.
Jede nähere Auskunft erteilt H. Thammann, Neuenkirchen.
Käufer ladet freundlichst ein.

Damme. Fritz Börger.
Holz-Berkauf
Am Donnerstag, dem 24. Januar, nachmittags 1 Uhr,
läßt der Zeller S. Dierkes zu Gehrde auf seinem Hofe beim Hause
50 Nummern lange, schlanke, schwere Eichen,
50 Nummern gut. eichen Brennholz,
1 starke Eiche und
1 starken Kirschbaum
öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.
Goldenstedt. D. Scheele.

Gemeinde Neuenkirchen.
In der nächsten Woche sollen
2 Ladungen Kartoffeln
geliefert werden. Ich bitte um sofortige Anmeldung. Tag der Abnahme wird noch bekannt gegeben.
Thammann.
Achtung! Achtung!
Zähle für
Enten Mt. 3.50
Hühne " 3.—
Kaninchen bis " 2.50
pro Pfund Lebendgewicht.
Tauben, Krähen zc. höchste Preise.
Vehta. L. Leeuwarden.

Heidekraut
per Februar—April. Lieferung zu besonders lohnenden Preisen.
S. J. Ballin & Co., Oldenburg i. Gr., Telef. 70
Kaufspröggelamen
zu höchsten Preisen.
H. Bröring, Dintlage.

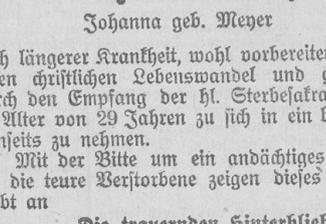
Reifigbelen.
August Coors, Vehta.
Vertreter
gesucht für unser Waschmittel (handelsfrei) in 5, 10, 15, 25, 50 Kilopackungen. Gest. List an Griesfeld & Klitten, Osnabrück, Duesfelderstr. 1.

Suche Lehrling
für mein Kolonial-, Porzellan- und Kurzwaren-geschäft. Post und Logis im Hause.
C. S. Mähler, Damme.
Suche zum 1. Mai 1918 ein tatbol. junges
Mädchen,
welches melken kann und landwirtschaftl. Arbeiten versteht. Solcher Lohn und Familienaufschlag.
Endel, Post Wisbek.
Zeller Surtelberg.

Zähle für Kaninchen bis . . . 2.55 Mt.
" " Enten 3.50 Mt.
" " Hühne 3.— Mt.
pro Pfund Lebendgewicht. Krähen 70 Pfd., Enten 50 Pfd., Tauben 1.50 Mt. p. St.
Vehta. Franz Suerdeck.

Generalversammlung
des Pferde-Versicherungs-Vereins
Haldorf und Umgegend
findet am Samstag, dem 26. Januar, nachmittags 4 Uhr in Blomendahl's Wirtschaft zu Haldorf statt.
Tagesordnung:
1. Rechnungsablage.
2. Wahl der Vorstandsmitglieder.
3. Reuwahl der Vertrauensmänner.
4. Beschlußes.
Um pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird gebeten.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute morgen 6 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Frau, meiner Kinder treuversorgende Mutter, meine einzige Tochter, Schwiegerin und Tante, die
Cheffrau
Zeller Heinr. Scheele
Johanna geb. Meyer
nach längerer Krankheit, wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 29 Jahren zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen.
Mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für die teure Verstorbenen zeigen dieses tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Norddölln bei Wisbek, 21. Januar 1918.
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 24. Januar, morgens 9 1/2 Uhr in Wisbek, wogu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.



Landesbibliothek Oldenburg